

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 27.06.2025, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:56 Uhr**

		Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bevölkerungsschutzzentrum 1. BA - Neubau einer Multifunktionshalle - Vorstellung des erstplatzierten Architekturentwurfs des EU-Vergabeverfahrens	110/2025 7 - 10
4.	Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus	084/2025 11 - 12
5.	Gründung eines „Zukunftswald Kreis Warendorf e.V.“	099/2025/1 13
6.	Fortführung der Öko-Modellregion Münsterland	067/2025/1 14 - 15
7.	Förderantrag zum MobiTicket 2026	085/2025 16
8.	Fortführung des DeutschlandTickets	086/2025 17
9.	Personalstruktur beim Kreis Warendorf - Kennzahlenset 2025	111/2025 18
10.	Fortführung des Entsorgungsvertrages der AWG KOMMUNAL mit dem Kreis Warendorf	058/2025 19

- |            |   |                   |                |
|------------|---|-------------------|----------------|
| <b>11.</b> | Fortführung des Entsorgungsvertrages der AWG mit dem Kreis Warendorf  | <b>065/2025</b>   | <b>20</b>      |
| <b>12.</b> | Kauf- und Abtretungsvertrag über Geschäftsanteile zwischen Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU), Änderung Gesellschaftsvertrag WVG | <b>066/2025</b>   | <b>21</b>      |
| <b>13.</b> | Aufnahme der Verkehrsgesellschaft der Greve-ner Verkehrs GmbH (GVG)   | <b>069/2025</b>   | <b>22</b>      |
| <b>14.</b> | Änderung der Gesellschaftsverträge des ECOWEST VERBUNDES und des MVA HAMM VERBUNDES   | <b>057/2025/2</b> | <b>23 - 24</b> |
| <b>15.</b> | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2024  | <b>091/2025</b>   | <b>25</b>      |
| <b>16.</b> | Anregung gem. § 21 Kreisordnung NRW (KrO NRW)   | <b>117/2025</b>   | <b>26</b>      |

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Gericke, Olaf, Dr.
<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Ommen, Detlef
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
<b>Ausschussmitglieder</b>
Duwe, Jens
Grobecker, Hubert
Hugenroth, Bernhard
Hütig, Frank
Kühnel, Andreas
Maschelski-Werning, Sophia L.
Rosenbaum, Ulf
Starke, Dennis
Termühlen, Hildegard
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Dirks, Bettina
Funke, Stefan, Dr.
Laukötter, Laurien
Ottmann, Michael

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>
Diekhoff, Markus
Kocker, Dennis
Nienkemper, Dorothea
Schlösser, Ulrich
Westerwalbesloh, Florian
<b>von der Verwaltung</b>
Schreier, Petra

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, sowie die Mitglieder des Bauausschusses und des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz, Herrn Hendrik Borgstedt (Amtsleiter des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement), Herrn Ralf Holtstiege (Amtsleiter des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr), Herrn Michael Frerich (Sachgebietsleiter für Rettungsdienst, Feuerschutz und Gefahrenabwehr), Herrn Oliver Spiekermann (Architekten Spiekermann), Herrn Dr. Olaf Arndt von Prognos und die Vertreter der Presse.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 16.06.2025 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich versandt wurden:

- die Ergänzungsvorlage „Änderung der Gesellschaftsverträge des ECOWEST VERBUNDES und des MVA HAMM VERBUNDES“ (057/2025/2) inkl. Anlagen.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Ausschussmitglied zu Wort.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Rückfrage meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Landrat Dr. Gericke berichtet über eine verwaltungsinterne Änderung, welche zum 01.12.2025 umgesetzt werden solle. Das Sachgebiet Rettungsdienst, Feuerschutz und Gefahrenabwehr unter Leitung von Herrn Michael Frerich werde aus dem Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (Amt 32) ausgegliedert und ein eigenes Amt für Bevölkerungsschutz (Amt 38) bilden. Die Leitung des neuen Amtes wird Herr Frerich übernehmen. Herr Frerich stellt sich kurz vor.

Des Weiteren gibt Landrat Dr. Gericke bekannt, dass der derzeitige Amtsleiter des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, Herr Holtstiege, zum Ende dieses Jahres in den Ruhestand gehen werde. Seine Nachfolgerin wird Frau Bettina Dirks, die persönliche Referentin des Landrates.

<b>3.</b>	<b>Bevölkerungsschutzzentrum 1. BA - Neubau einer Multifunktionshalle - Vorstellung des erstplatzierten Architektenentwurfs des EU-Vergabeverfahrens</b>	<b>110/2025</b>
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorsitzenden der vertretenen Fachausschüsse, Frau Maschelski-Werning und Herrn Luster-Haggeney.

Aus Gründen der Sitzungsökonomie wurden die Mitglieder des Bauausschusses sowie des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz zu der Sitzung des Kreisausschusses eingeladen, um ebenfalls umfangreich informiert zu werden und Fragen stellen zu können. Wenn die konkreten Baubeschlüsse gefasst werden, werden diese im normalen Gremienlauf beraten und beschlossen.

In einer EU-weiten Ausschreibung wurden Anbieter für die Umsetzung des Projektes gesucht. Die Auswahl erfolgte dann in einer Jurysitzung, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung und der Politik.

In der Jurysitzung im Januar dieses Jahres habe der Architektenentwurf der Firma Spiekermann überzeugt und einstimmig aus den verschiedenen vorgestellten Entwürfen ausgewählt. Es wurden bereits erste Diskussionen geführt, Änderungen vorgeschlagen und Anregungen mitgegeben, die bereits in die Pläne aufgenommen wurden, die Herr Spiekermann heute vorstellen werde.

Daraufhin erteilt Landrat Dr. Gericke Herrn Spiekermann das Wort.

Herr Spiekermann stellt sich kurz vor und veranschaulicht sodann anhand einer Präsentation und anschließendem Kurzvideo den Entwurf des 1. Bauabschnitts für das neue Bevölkerungsschutzzentrum des Kreises Warendorf und die bereits nach ersten Gesprächen eingearbeiteten Änderungen im Vergleich zum Ursprungsentwurf.

Herr Borgstedt ergänzt, dass sich das Amt für Hochbau und Immobilienmanagement und das Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr zurzeit in Abstimmung für die weiteren Ausschreibungen zur Fachplanung befinden. Anfang 2026 solle der endgültige Entwurf stehen und eine Kostenschätzung erstellt werden. 2028 solle das neue Bevölkerungsschutzzentrum fertiggestellt und die Nutzung aufgenommen werden.

Herr Möllmann (CDU) bedankt sich für die anschauliche Präsentation und fragt, ob bei der Planung, Doppelschichtplatten zu verwenden, auch der Schallschutz berücksichtigt worden sei.

Herr Spiekermann erklärt, dass die perforierten Bleche den Schall absorbieren würden und zudem die innen liegenden Wände in der Halle, welche flexibel einsetzbar seien, den Schall minimieren würden.

Herr Dr. Blex (AfD) bemängelt, dass im Außenbereich Kunststoffstegplatten verwendet werden sollen. Er hinterfragt die Langlebigkeit dieser Platten und wie diese erfah-

rungsgemäß in zehn Jahren aussähen. Ein neues Gebäude solle nach zehn Jahren nicht schon renoviert werden müssen und gerade Kunststoffstegplatten würden durch die UV-Einstrahlung ihre Farbe verändern.

Herr Spiekermann erläutert, dass Kunststoffstegplatten ein gängiges Material seien, die bei guter Pflege 20 - 30 Jahre haltbar seien.

Herr Dr. Blex (AfD) betont, dass eine Dachbegrünung keinen Sinn mache. Diese würde zu Mehrkosten und einem höheren Aufwand durch die erforderliche Bewässerung führen. Er hinterfragt, ob es hierfür bereits eine Kalkulation der Mehrkosten gebe. Weiter stellt er die Frage, wer dafür sorgen werde, dass das Stauwasser auf dem Flachdach keine Probleme bereite und wie die Bewässerung der Dachbegrünung sichergestellt werden solle.

Herr Spiekermann erklärt, dass es sich hier um eine extensive Begrünung handele, die sich durch einen geringen Aufbau und einen ebenfalls geringen Pflegeaufwand auszeichne.

Herr Dr. Funke betont, dass sich das Projekt im Anfangsstadium befinde und die Planung stetig durch intensive Gespräche weiterentwickelt werde. Eine Kalkulation der möglichen Kosten könne voraussichtlich Anfang 2026 erstellt werden. Er könne versichern, dass das Gebäude ordnungsgemäß und wirtschaftlich geplant und gebaut werde.

Herr Gutsche (CDU) unterstreicht dies. Die Jury habe sich für eine zweckmäßige und funktionale Konstruktion entschieden, welche sich im Preisrahmen halten werde. Dieses Projekt diene dem Zweck, im Katastrophenfall und ähnlichen Situationen schnell und effektiv handeln zu können. Ein solcher Raum werde benötigt, um im Notfall Unterstützung leisten zu können und in Zukunft bestehe zusätzlich die Möglichkeit, den Raum im Bedarfsfall baulich auch noch kostengünstig zu erweitern und zu optimieren. Herr Gutsche erklärt, dass er zwischenzeitlich im Internet recherchiert habe und viele Anbieter bei Kunststoffstegplatten eine Garantie von 30 Jahren geben würden. Es sei auch möglich gewesen, stattdessen Fenster einzuplanen, die hätte aber die Kosten erhöht. In Zeiten, in denen die Kommunalfinzen schwierig seien, sei dies aber nicht sinnvoll. Durch die kostenorientierte Planung seien finanzielle Reserven entstanden, die man für Optimierungen nutzen könne. Die Dachbegrünung sei zu diesem Planungszeitpunkt noch nicht im Detail entscheiden. Die Verwaltung werde sich umfassend informieren, welche Pflanzen hierfür am sinnvollsten seien und wie die Pflege der Pflanzen übernommen werde. Abschließend betont Herr Gutsche, dass es absolut richtig sei, sich mit dem Thema Katastrophenschutz intensiv zu beschäftigen.

Herr Schulze Westhoff (CDU) bedankt sich bei Herrn Spiekermann für die informative Präsentation und betont, dass der Zeitpunkt für die Umsetzung eines solchen Gebäudes genau richtig sei. Er fragt, wie das Gebäude beheizt werden solle. Eine mögliche Idee aus Sicht der Regionalität sei eine Hackschnitzelheizung. Dies könne ein Ansatz sein, auch die Gebäude nebenan zu beheizen.

Herr Borgstedt erklärt, dass die Beauftragung eines Fachplaners kurz bevorstehe, mit dem diese Details gemeinsam ausgestaltet würden. Hierzu habe sich die Verwal-

tung bereits einige Gedanken gemacht, sich aber noch nicht festgelegt. Daher sei man offen für Anregungen und Vorschläge. Ziel sei es, ähnlich wie in Beckum ein CO<sub>2</sub>-neutraler Betrieb. Die Beheizung stelle eine besondere Herausforderung dar, da es sich um eine Multifunktionshalle handle und diese dadurch spezielle Anforderungen auch hinsichtlich der Belüftung habe.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich bei allen Mitwirkenden dieses besonderen Projektes und stimmt Herrn Gutsche zu. Bereits in den Jurysitzungen hätten alle Fraktionen die Möglichkeit gehabt, die Grundzüge der jeweiligen eingereichten Wettbewerbsbeiträge zu begutachten, darüber nachzudenken und die Unterschiede herauszuarbeiten. Die herausgearbeiteten Kernelemente seien hier heute zu sehen. Nämlich ein Baukörper, welcher immer noch richtig massiv sei und dennoch städtebaulich und funktional in die Landschaft passe. Die SPD-Fraktion sei sehr zufrieden.

Herr Luster-Haggenev (CDU) schließt sich seinen Vorrednern an. Weiter erklärt er, dass eine Begrünung des Gebäudes dazu beitrage, dass es sich nicht so schnell aufheize. Auch auf eine gute CO<sub>2</sub>-Bilanz werde Wert gelegt, was ein guter Punkt für den Umweltschutz sei. Denn in 30 Jahren werde nicht mehr gefragt, wie teuer dieses Projekt gewesen sei, sondern vielmehr, was wir unserer Nachwelt hinterlassen haben. Herr Luster-Haggenev regt an, das Regenwasser in einer Zisterne zu sammeln. Dies sei eine nachhaltige Lösung, um Wasser zu sparen und umweltfreundlich zu handeln.

Frau Grap (Grüne) spricht ein Lob an die Verwaltung aus, dass alle Fraktionen von Anfang an so großartig mitgenommen und informiert wurden. Die Grünen-Kreistagsfraktion stehe voll und ganz hinter diesem Projekt. Der Vorschlag von Herrn Luster-Haggenev, das Regenwasser in einer Zisterne zu sammeln, sei sehr gut und sollte entsprechend geprüft werden, sowie der Vorschlag der Hackschnitzelheizung. Abschließend teilt Frau Grap mit, dass es genau der richtige Zeitpunkt sei, dieses Projekt anzugehen und dass es schön sei, dass der Entwurf aus der Region komme.

Frau Maschelski-Werning (SPD) teilt mit, dass ihr lediglich Vorschläge zu einer möglichen Verdunkelung des Gebäudes fehlen. Im Kriegsfall solle das Gebäude nicht durch die Helligkeit zum Angriffsziel werden.

Herr Spiekermann erklärt, dass die Anregung gerne mitgenommen werde.

Herr Dr. Blex (AfD) bittet darum, von einer Zisternenbildung abzusehen. Die Kosten hierfür seien viel zu hoch. Weiter gibt er zu verstehen, dass auch eine Wärmepumpe nicht zur Beheizung des Gebäudes geeignet sei. Bei einem Stromausfall würde diese nicht mehr funktionieren.

Herr Duwe (FWG) hinterfragt, wofür die Treppenhäuser geplant seien, welche im Entwurf zu sehen seien.

Herr Spiekermann erläutert, dass diese nur als Platzhalter eingeplant seien, um die Möglichkeit offen zu halten, das Gebäude unter Umständen mehrgeschossig auszubauen.

Herr Bas (Grüne) bittet um eine Information an die Fraktionen, sofern der Bau einer

Zisterne verfolgt werde. Weiter teilt er mit, dass es reichlich Möglichkeiten gebe, um eine Dachbegrünung zu bewässern und bittet auch hier um Rückmeldung an die Fraktionen, welche Möglichkeit verfolgt werde.

Landrat Dr. Gericke teilt mit, dass die weiteren Schritte dieses Projektes über die Jury und Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt werden. Der Kreis Warendorf sei Eigentümer des zu bebauenden Grundstücks und damit obliege dem Kreis auch die Planungsbezugnis. Dies könne durchaus zu einer Beschleunigung vieler Schritte führen.

**Zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

<b>4.</b>	<b>Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus</b>	<b>084/2025</b>
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erteilt Herrn Dr. Arndt von der Prognos AG das Wort.

Dr. Arndt stellt die wesentlichen Ergebnisse des Kreisentwicklungsprogrammes anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich bei Herrn Dr. Arndt für die präzise Vorstellung. Seitens der SPD-Fraktion werde das Kreisentwicklungsprogramm, welches auch im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung schon umfassend besprochen wurde, ausdrücklich unterstützt. Lediglich zum Vorschlag des NWL unter Nr. 3 in der „Synopse Beteiligungsverfahren“ bittet er um Prüfung, ob die Machbarkeitsstudie um den Ortsteil Ennigerloh erweitert werden könne. Die Gemeinde sei zwar über Enniger angeschlossen, aber Ennigerloh sei weder über die Schiene noch über ein Schnellbussystem angeschlossen.

Herr Ottmann erklärt, dass Ennigerloh im „Mobilitätskonzept“ enthalten sei. Die Anregung werde aber gerne mitgenommen.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Herrn Dr. Arndt für den Vortrag. Er befürwortet und bekräftigt die Ausführungen von Herrn Ommen zur Anbindung von Ennigerloh. Weiter erklärt Herr Gutsche, dass Kreisentwicklung eine wichtige Kernaufgabe eines Kreises sei. Auch hier müsse man „vor der Welle“ seien. Der Kreis Warendorf habe sich verbessert und stehe im vorderen Bereich bei der Fachkräfteentwicklung. Wichtig sei auch die Stärkung der gemeinsamen Entwicklung auf Münsterlandebene.

Herr Blömker (SPD) erklärt, dass er sich zum Punkt „Wohnungsbauförderung“ eine Erläuterung gewünscht hätte, dass „Kreis Warendorf“ das Gebiet des Kreises Warendorf mit seinen Städten und Gemeinden und nicht rein die Kreisverwaltung Warendorf gemeint sei. Über die Wohnungsbauförderung der Kreisverwaltung hinaus gebe es auf Gemeindeebene einige Aktivitäten. Jüngst z. B. der bevorstehende Beitritt einiger Kommunen zu der IstaG. Es gebe auch einige Kommunen, welche unmittelbar mit Wohnungsbauunternehmen gemeinnützigen Wohnungsbau betreiben. Es sei wünschenswert, die Wohnungsbauförderung im Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiter zu stärken.

Ein weiterer Punkt, welchen Herr Blömker betont, ist das Ziel der Demokratiestärkung. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Resilienz im Kreis. Im Januar habe es eine Reihe an Gedenkstättenfahrten gegeben, angeboten durch das Paul-Spiegel Berufskolleg Warendorf. Es habe durchweg positive Rückmeldungen gegeben. Die Jugendlichen hätten wertvolle Erfahrungswerte gesammelt. Daher regt er an, wenn eine Förderrichtlinie beschlossen werde, dass im Fachausschuss eine Rückmeldung Jugendlicher und des Berufskollegs eingeholt werden.

Landrat Dr. Gericke unterstreicht, wie wichtig das historische Bewusstsein hierbei sei. Bei vielen jungen Eltern sei dies nicht mehr gegeben. Durch das Demokratieförderprogramm soll dieser wichtige Aspekt wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt

werden.

Weiter erläutert Dr. Gericke, dass mit den kreisangehörigen Kommunen Einvernehmen bestehe, keine Wohnungsbaugesellschaft auf Kreisebene zu gründen.

Frau Grap (Grüne) bekräftigt die Wichtigkeit des Kreisentwicklungsprogrammes. Sie sei froh, dass der Kreis Warendorf sich hiermit auseinandersetze. Ärzteversorgung und Infrastruktur seien wichtige Aspekte bei der Gewinnung von Fachkräften. Ein besonderes Augenmerk müsse auch auf die Wohnungsbauförderung gelegt werden. Bezahlbarer Wohnraum sei gerade für junge Menschen und Familien essenziell. Zu dem Punkt Demokratieförderprogramm erklärt Frau Grap, dass dieses kontinuierlich weitergeführt werden müsse.

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass zurzeit auf eine Rückmeldung vom Land NRW zur Wohnungsbauförderung gewartet werde.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Aktualisierung und Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramms „WAF2030plus – Mit Sicherheit Zukunft“ wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**5. Gründung eines „ZukunftsWald Kreis Warendorf e.V.“****099/2025/1**

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass die Anmerkungen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen mit Antrag vom 21.05.2025 in einer entsprechenden Ergänzungsvorlage aufgenommen wurden.

Frau Grap (Grüne) verdeutlicht, dass die vorgeschlagenen Ergänzungen in der Satzung verdeutlichen sollen, dass es sich um ein Projekt handele, welches der Steigerung der Biodiversität und des Artenschutzes diene. Wichtig sei, dass zum Zwecke der CO<sub>2</sub>-Bindung und der Stabilisierung des Wasserhaushaltes zukunftsfähige, ökologisch wertvolle und standortgerechte heimische Bäume zur Anpflanzung ausgewählt werden. Der vorliegende geänderte Entwurf sei konsensfähig.

Herr Blömker (SPD) fragt, wie weit der Begriff „Heimatvereine“ in der Satzung unter § 3 gefasst sei. Es gebe Organisationen, welche sich in ähnlicher Weise wie ein Heimatverein um die Dorfentwicklung kümmern, ohne ein klassischer Heimatverein zu sein. Es sei ihm unklar, ob diese auch Mitglied des Vereins werden können.

Herr Ottmann bestätigt, dass auch andere Organisationen als Heimatvereine grundsätzlich Mitglied des Vereins werden können. Wichtig sei lediglich, dass die Mitglieder in das Gesamtbild passen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen gemeinnützigen Verein auf Grundlage des beigefügten Satzungsentwurfs zu gründen, dessen vornehmlicher Zweck das Pflanzen neuer Bäume und somit die Aufforstung des Kreisgebiets ist. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf potentielle Vereinsmitglieder zuzugehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**6. Fortführung der Öko-Modellregion Münsterland****067/2025/1**

Herr Schulze Westhoff (CDU) bittet darum, in den Beschlussvorschlag eine Ergänzung zur Gleichberechtigung von ökologischer und regionaler Lebensmittelerzeugung hinsichtlich der Förderung aufzunehmen. Dies gehe aus den Erläuterungen und den Beschreibungen nicht hervor. Dort gehe es überwiegend um Bio-Lebensmittel.

Herr Ommen (SPD) erklärt, dass über diese Thematik bereits im Fachausschuss umfangreich beraten worden sei und es hierbei nicht um eine Konkurrenz gehe oder darum, das eine Produkt besser darzustellen. Zudem habe Frau Rabe des Münsterland e.V. im Fachausschuss ausdrücklich erklärt, dass die Förderbedingungen des Landes für die Öko-Modellregion nicht mehr erfüllt seien, wenn die gewünschte Ergänzung im Beschluss aufgenommen werde. In der praktischen Gestaltung solle eine andere Art von Landwirtschaft nicht ausgeschlossen werden. Aber es dürfe so nicht im Förderantrag stehen, da dieser dann nicht genehmigt werde. Zudem hätten andere Kreistage den gleichlautenden Beschluss bereits gefasst.

Herr Ottmann teilt mit, dass diese Debatte bereits im Fachausschuss geführt worden sei und in der Niederschrift festgehalten wurde, dass das Förderprogramm an sich auf bioregional ausgelegt sei, dass im Rahmen des Projektes aber die regionale Landwirtschaft insgesamt mitgenommen werde und deshalb auch davon profitiere. Frau Rabe, die Projektverantwortliche für die „Ökomodell-Region“ des Münsterland e.V., habe Projekte genannt, die bereits vorangetrieben wurden, bei denen es sich um die regionale Vermarktung handelt. Gleichwohl habe Frau Rabe deutlich gemacht, dass dieser Beschluss im vorliegenden Wortlaut gefasst werden müsse, um entsprechende Förderungen zu erhalten.

Herr Schulze Westhoff (CDU) bekräftigt seine Worte vom Anfang und zitiert aus den Erläuterungen der Beschlussvorlage: „Das Projekt unterstützt Unternehmen bei der Erschließung des lokalen Bio-Marktes und trägt zur Nachhaltigkeitsstrategie 2030 in Nordrhein-Westfalen bei.“ Es gebe keine entsprechenden Erläuterungen zu regionalen Produkten.

Frau Grap (Grüne) teilt mit, dass sowohl im Fachausschuss als auch in dieser Runde Konsens darüber bestehe, auch regionale Produkte zu berücksichtigen. Dieser Beschluss müsse aber wie vorliegend gefasst werden, um die entsprechenden Förderungen erhalten zu können.

Landrat Dr. Gericke schlägt vor, folgenden Beschlussvorschlag unter Ziffer 4 mit aufzunehmen, um auch die regionale Landwirtschaft zu berücksichtigen: „Die Verwaltung wird aufgefordert, die Gleichwertigkeit der Vermarktung bei den Projektverantwortlichen auch regionaler Produkte anzuregen.“

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den weiteren Münsterlandkreisen und der Stadt Münster auf eine Fortführung der Öko-Modellregion Münsterland in einer zweiten Förderphase ab dem 01.12.2025 hinzuwirken.
2. Das Konzept zur Fortsetzung der Öko-Modellregion Münsterland wird vom Münsterland e.V., den Münsterlandkreisen und der Stadt Münster erarbeitet.
3. Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung werden die geförderten Personalstellen weiterhin beim Münsterland e.V. angesiedelt.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Gleichwertigkeit der Vermarktung bei den Projektverantwortlichen auch regionaler Produkte anzuregen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**7. Förderantrag zum MobiTicket 2026****085/2025****Beschlussvorschlag:**

1. Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2026 wird für den Fall der Fortsetzung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen zugestimmt.
2. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird im Jahr 2026 auf die Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld ausgeweitet.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Förderantrag für das MobiTicket entsprechend der weiteren Entwicklung in den nächsten Monaten anzupassen, wenn hierdurch keine unwägbaren finanziellen Mehrbelastungen für den Kreishaushalt entstehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**8. Fortführung des DeutschlandTickets****086/2025****Beschlussvorschlag:**

1. Das Deutschlandticket wird weiter bis zum 31.12.2025 anerkannt, als Höchsttarif festgelegt und die Allgemeine Vorschrift entsprechend verlängert. Die 1. Änderungssatzung zur Allgemeinen Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370 des Kreises Warendorf über die Festsetzung des DeutschlandTickets als Höchsttarif im allgemeinen ÖPNV vom 04.07.2025“ wird in der Fassung, wie sie als Anlage 1 zur Vorlage beigefügt ist, beschlossen. Über eine evtl. Verlängerung über den 31.12.2025 hinaus wird zu einem späteren Zeitpunkt beraten und beschlossen.
2. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Tarifgremien der Westfalen Tarif GmbH werden mandatiert, die zur Fortführung des DT notwendigen Beschlüsse zu fassen, sofern diese den Vorgaben des Kreises als Aufgabenträger nicht entgegenstehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>9.</b>	<b>Personalstruktur beim Kreis Warendorf - Kennzahlenset 2025</b>	<b>111/2025</b>
-----------	---	-----------------

Herr Ottmann berichtet in Vertretung für Personaldezernentin Frau Schreier zum Kennzahlenset 2025.

Frau Kleene-Erke (SPD) nimmt Bezug auf den Punkt der Telearbeit, welche stetig mehr werde. Sie fragt, ob die genutzten Laptops sowohl am Arbeitsplatz als auch im Homeoffice genutzt würden. Dies sei sehr wichtig, um sicherzugehen, dass regelmäßig alle erforderlichen Updates durchgeführt werden und keine Sicherheitslücken entstehen.

Dies wurde bestätigt.

Herr Blömker (SPD) hinterfragt die aktuelle Schwerbehindertenquote. Prozentual habe sich diese seit dem Jahr 2021 verringert und liege nunmehr bei 5,29 %, also nur minimal über der verpflichtenden Quote von 5 %. Er fragt, ob es einen Trend oder eine Prognose gebe, wie sich die Zahlen weiter entwickeln werden und ob der Kreis Warendorf perspektivisch unter die Pflichtplatzquote von 5% fallen werde.

Herr Ottmann versichert, dass dies im Blick behalten werde. Eine Prognose der Entwicklung könne er aber nicht abgeben.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

10.	<b>Fortführung des Entsorgungsvertrages der AWG KOMMU-NAL mit dem Kreis Warendorf</b>	<b>058/2025</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf stimmt zu, dass der Kreis Warendorf auf sein Kündigungsrecht gem. § 7 Absatz 1 des o. g. Entsorgungsvertrages bis zum 31. Dezember 2036 einschließlich verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

11.	<b>Fortführung des Entsorgungsvertrages der AWG mit dem Kreis Warendorf</b>	<b>065/2025</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf stimmt zu, dass der Kreis Warendorf auf sein Kündigungsrecht gem. § 8 Absatz 1 des o. g. Entsorgungsvertrages bis zum 31. Dezember 2036 einschließlich verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>12.</b>	<b>Kauf- und Abtretungsvertrag über Geschäftsanteile zwischen Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU), Änderung Gesellschaftsvertrag WVG</b>	<b>066/2025</b>
------------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag stimmt dem Abschluss des Kauf- und Abtretungsvertrages über Geschäftsanteile der VKU an WVG und damit der Veräußerung und des Erwerbs der Geschäftsanteile von VKU auf WVG selbst zu und weist den Vertreter des Kreises Warendorf in den Gesellschafterversammlungen der Regionalverkehr Münsterland GmbH und der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH, entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.
2. Der Kreistag stimmt den in der Anlage 2 vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, ggf. mit noch erforderlichen Änderungen, zu.
3. Der Kreistag weist die Vertretungen des Kreises Warendorf in den Gesellschafterversammlungen der Regionalverkehr Münsterland GmbH, der Westfälischen Landes-Eisenbahn und der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH an, den zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH erforderlichen Beschlüssen, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.
4. Etwaigen Änderungen an dem Gesellschaftsvertrag, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

13.	<b>Aufnahme der Verkehrsgesellschaft der Grevener Verkehrs GmbH (GVG)</b>	<b>069/2025</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag stimmt dem Verkauf von Gesellschaftsanteilen an der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) i. H. v. 2,502 % durch den Kreis Steinfurt an die Grevener Verkehrs GmbH (GVG), ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Greven, zu.
2. Dem Neuabschluss einer Kontrollvereinbarung gemäß Anlage 1 zwischen den Münsterlandkreisen und den Stadtverkehrsgesellschaften Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH (VSR) und GVG wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kontrollvereinbarung entsprechend abzuschließen.
3. Der Kreistag ermächtigt die Vertreter des Kreises in den Gremien der RVM, den zur Umsetzung der Anteilsübertragung erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen.
4. Etwaigen Änderungen an dem vorgenannten Vertrag, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 Abs. 1 lit. c) GO ergeben, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>14.</b>	<b>Änderung der Gesellschaftsverträge des ECOWEST VERBUNDES und des MVA HAMM VERBUNDES</b>	<b>057/2025/2</b>
------------	--	-------------------

Herr Bas (Grüne) teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen dieser Vorlage inhaltlich zustimmen würden. Allerdings seien bereits im Fachausschuss Anmerkungen zu einigen Formulierungen gemäß Gleichstellungsgesetz des Landes NRW gemacht worden. Die in den Anlagen 1, 2, 4 und 5 getroffenen Ersatzregelungen seien jeweils nicht ausreichend.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 1** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG), ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
2. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 2** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Kommunalen Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
3. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 3** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
4. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 4** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der ECOWEST LOGISTIK GmbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
5. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 5** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Kompostwerk Warendorf GmbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
6. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 6** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der MVA Hamm Eigentümer-GmbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
7. Der Kreistag stimmt den in der **Anlage 7** vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH, ggf. mit noch redaktionellen Änderungen, zu.
8. Die Vertreter des Kreises in den vorgenannten Gremien der Gesellschaften werden beauftragt, den Änderungen der Gesellschaftsverträge, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen. Die jeweiligen Geschäftsführungen der Gesellschaften werden ermächtigt und angewiesen, alles Erforderliche und Förderliche zur Umsetzung dieser Beschlüsse zu veranlassen.

9. Etwaigen Änderungen an den vorgenannten Gesellschaftsverträgen, die sich im Rahmen der Anzeigeverfahren nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

15.	<b>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2024</b>	<b>091/2025</b>
-----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

16.	<b>Anregung gem. § 21 Kreisordnung NRW (KrO NRW)</b>	<b>117/2025</b>
-----	--	-----------------

**Abstimmungsergebnis:** verwiesen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:56 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer